

Schafft eine enge Verbindung der Abgeordneten mit den werktätigen Frauen in den Betrieben

Die Anteilnahme der werktätigen Frauen, vor allem der Arbeiterinnen in unseren sozialistischen Betrieben, an den Dingen des öffentlichen Lebens ist geweckt und entwickelt sich häufig schneller, als wir es verstehen, richtig darauf zu reagieren. Das zeigte sich deutlich, als wir im Berliner Stadtbezirk Prenzlauer Berg anlässlich der Vorbereitung der Wahlen eine Rechenschaftslegung der Abgeordneten vor den Mitgliedern der Frauenausschüsse veranstalteten.

Die Frauen interessierten sich sehr für die zukünftige Zusammensetzung der Bezirksverordnetenversammlung und ihre Aufgaben. Es entwickelte sich eine rege Diskussion. Die Frauen waren nicht damit einverstanden, daß von den Mitgliedern der neu zu wählenden Stadtbezirksverordnetenversammlung nur 25 Prozent Frauen sein sollten. Sie wiesen mit Recht darauf hin, daß der weibliche Anteil an der Bevölkerung im Stadtbezirk rund 60 Prozent ausmacht, von dem ein erheblicher Teil als Arbeiterinnen in unseren Betrieben tätig ist. Die Frauen forderten darum, den Anteil der weiblichen Abgeordneten auf mindestens 30 Prozent zu erhöhen. Die Frauen hatten recht, und die Vertreter der demokratischen Parteien und Massenorganisationen beschlossen entsprechend. Dieses bewußte und erfolgreiche Auftreten der Frauen auf dieser Rechenschaftsversammlung zeigte uns deutlich, daß unter unseren Arbeiterinnen der feste Wille vorhanden ist, aktiv am Aufbau unserer neuen staatlichen Ordnung teilzunehmen.

Die Entwicklung der politischen Aktivität und die Herausbildung des Staatsbewußtseins bei unseren Frauen muß die ständige Aufmerksamkeit unserer Partei, vor allem der Kreisleitungen und der Betriebsparteiorganisationen, finden. Bereits im vergangenen Jahr hat darum die Kreisleitung Prenzlauer Berg den Beschluß gefaßt, daß leitende Genossen Staatsfunktionäre, die gleichzeitig Abgeordnete sind, regelmäßig, mindestens aber einmal im Quartal, vor den Vertreterinnen der Frauenausschüsse über ihre Arbeit berichten. Die Kreisleitung verfolgte mit diesem Beschluß das Ziel, unsere Genossen Abgeordneten in einen immer enger werdenden Kontakt mit den aktivsten Vertreterinnen der Arbeiterinnen zu bringen, um auf diesem Wege die werktätigen Frauen immer mehr in das gesellschaftliche Leben einzubeziehen.

Diese Zusammenkünfte der Abgeordneten mit den Vertreterinnen der Frauenausschüsse, die im Kreismaßstab organisiert wurden, vermittelten uns gute Erfahrungen. Die Frauen brachten ihre Forderungen und Vorschläge an unsere staatlichen Organe zur Sprache und übten auch Kritik an der Arbeit des Staatsapparates. Da aber nicht nur geredet und kritisiert, sondern auch gehandelt wurde, erhöhte sich die Autorität sowohl der Frauenausschüsse als auch der Volksvertretung. So wurde zum Beispiel der Mangel an Plätzen in den Kindertagesstätten kritisiert, ein Umstand, der unseren werktätigen Frauen große Sorgen bereitet. Die Frauen machten den Vorschlag, im Nationalen Aufbauwerk leerstehende Läden auszubauen und als Kindertagesstätten einzurichten. Der Vorschlag wurde von den Abgeordneten aufgegriffen. Die örtlichen Staatsorgane erhielten den Auftrag, in einem Vierteljahr dieses Problem zu lösen. Das Ergebnis bestand darin, daß auf diese Weise Plätze für rund 200 Kinder über den Plan hinaus geschaffen wurden.

Die Frauen machten bei den Rechenschaftslegungen eine ganze Reihe von Vorschlägen, die darauf abzielten, den werktätigen Frauen den Einkauf, die